



SPIELEND LERNEN. Kindergärtner Sven Walenta, 39: „Der Kindergarten war immer schon eine Bildungseinrichtung.“

Bachelor ersetzt Kindergartentante

HÖHERE BILDUNG. Kindergartenpädagogen sollen künftig studieren müssen, die Kindergärten aufgewertet werden. NEWS fragte bei den Betroffenen nach.

Der Kindergarten war immer schon eine Bildungseinrichtung“, sagt Sven Walenta, 39, seit 19 Jahren Kindergärtner in Wien. Nur: Anders als jene Pädagogen, die in Bildungseinrichtungen für ältere Kinder, also in Schulen, arbeiten, musste Walenta für seinen Traumberuf nicht studieren.

Das soll sich in Österreich bald ändern – ist doch die Alpenrepublik eines der letzten Länder Europas, in denen Kindergartenpädagogen keinen Uni-Abschluss brauchen.

Kindergärtner an die Uni. „KindergartenpädagogInnen erhalten dieselbe gemeinsame universitär-akademische Ausbildung wie alle anderen LehrerInnen“, lautet eine Forderung des Bildungsvolksbegehrens. Sämtliche Pädagogen sollen dasselbe Bundesdienstrecht und Besoldungsrecht erhalten,

für die Kindergärten soll künftig der Bund und nicht wie bisher die Länder zuständig sein, fordern die Initiatoren.

Dass zumindest die erste Forderung realisiert wird, ist nicht unwahrscheinlich. Die Regierung will bei der geplanten gemeinsamen Lehrerausbildung auch die Kindergärt-

ner mit dazunehmen. „Das Ziel ist eine universitäre Ausbildung auch für Kindergartenpädagogen“, sagt Bildungsministerin Claudia Schmied (SPÖ) zu NEWS. Heißt im Klartext: Wer Kindergärtnerin oder Kindergärtner werden will, braucht in Zukunft einen Bachelor-Abschluss.

Derzeit genügt es, ein fünfjähriges Oberstufengymnasium mit Matura und paralleler Ausbildung in Kindergartenpädagogik („Bakip“) zu absolvieren. Diese Bakips soll es weiterhin geben, Absolven-

„Das Ziel ist eine universitäre Ausbildung auch für Kindergartenpädagogen.“

Claudia Schmied





„BILDUNG FÄNGT FRÜHER AN.“ Kindergartenpädagoginnen demonstrierten schon 2009 für bessere Bezahlung, kleinere Gruppen und Uni-Ausbildung.

ten dürften aber nur mehr als „Assistenzkräfte“ arbeiten, sagt Schmied.

Vorbild Schweden. In Schweden, dem Musterland der Kinderbetreuung, gibt es bereits ein ähnliches System. Rund die Hälfte des Kindergartenpersonals sind laut OECD universitär ausgebildete „Vorschullehrer“, denn der Kindergarten für Ein- bis Fünfjährige wird in Schweden Vorschule genannt. Der Rest sind speziell geschulte Assistenten mit Matura und Diplom. Die Vorschullehrer richten sich nach einem festen Lehrplan, 30 Stunden pro Woche sind sie in der Klasse, zehn Stunden sind für Vorbereitungen und administrative Aufgaben vorgesehen. Dafür stehen den Lehrern gut ausgestattete Büroräume mit Laptops, Farbdrucker, Scanner oder Laminiergeräten zur Verfügung. Anfangsverdienst eines schwedischen Vorschullehrers: umgerechnet rund 2.300 Euro brutto.

In Österreich, wo das Anfangsgehalt je nach Bundesland zwischen 1.200 und 2.300 Euro brutto liegt, ist das schwedische Modell nicht nur wegen des höheren Gehalts ein Vorbild. Dort haben Kindergartenpädagoginnen – wohl nicht zuletzt aufgrund ihrer Berufsbezeichnung – auch ein höheres Ansehen als hierzulande.

Aufwertung gefordert. Für Raphaela Keller ist die universitäre Ausbildung ein erster Schritt zu einem besseren Image. Die Vorsitzende der Berufsgruppe von Kindergarten- und HortpädagogInnen

des Volksbegehrens und ist froh, dass ihre Forderungen Aufnahme in den Text gefunden haben. Andere sind damit aber weniger glücklich. „Es braucht unbedingt eine Aufwertung“, sagt Angelika Werner, Direktorin der Bakip Bischofshofen. „Aber diese rein an der akademischen Ausbildung aufzuhängen halte ich für problematisch.“ Bei einem Universitätsstudium bleibe die praktische Ausbildung auf der Strecke, die Qualität der Ausbildung sinke, verteidigt Werner das bestehende System. Raphaela Keller räumt ein, dass der fehlende Praxisbezug in Ländern mit Uni-Ausbildung ein Thema sei, „aber das kann man regeln“.

Keller geht es aber nicht nur um eine Aufwertung der Kindergartenpädagogen, sondern auch des Kindergartens

als Bildungseinrichtung an sich. „Bildung fängt mit null Jahren an“, sagt Keller. Kinder würden nie wieder so viel lernen wie in den ersten sieben Lebensjahren: „Was ich im Kindergarten lerne, brauche ich mein ganzes Leben.“ Keller unterstützt daher die gemeinsame Ausbildung aller Pädagogen und fordert in der Folge auch dasselbe Gehalt: „Die Bezahlung darf nicht davon abhängen, wie alt die Kinder sind.“ Dass das mehr kosten würde, lässt die Pädagogin nicht als Gegenargument gelten: „Österreich muss sich überlegen, was es will. PISA beginnt im Kindergarten.“

„Bildung fängt mit null an. Die Bezahlung darf nicht davon abhängen, wie alt die Kinder sind.“

Raphaela Keller



Wer ist zuständig? Widerstand dürfte vor allem von den Gemeinden kommen, die derzeit – auch finanziell – für einen Großteil der Kindergärten zuständig sind. Auch das müsse geändert werden, fordert die Expertin. Es gebe große Unterschiede bei den Öffnungs-

Droht Mangel? Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, die den Großteil der Kindergärtner vertritt, ist skeptisch, was eine einheitliche Regelung betrifft. „Es gibt die Befürchtung, dass man sich am billigsten System orientiert“, sagt der Wiener Gewerkschafter Norbert Pelzer. Die Gemeinden sollten Dienstgeber bleiben. Eine akademische Ausbildung und eine finanzielle Aufwertung begrüßt der Personalvertreter naturgemäß – nicht zuletzt, weil es sonst einen Mangel an Kindergartenpädagoginnen geben könnte: „Wenn sich mehr Menschen für den Beruf entscheiden, wäre das wünschenswert, vor allem Männer. Das hat natürlich etwas mit der Bezahlung und mit dem Image zu tun.“ Ein Mann, der sich schon vor langer Zeit für den Beruf entschieden hat, würde sich über mehr Geld freuen: „Unser Gehalt sollte an das der Lehrer angepasst werden“, sagt Sven Walenta, setzt aber nach: „Wegen dem Geld machen wir es ja nicht. Es ist ein Herzensberuf.“

Volksbegehren kommt langsam in die Gänge

VERSCHOBEN. Unterstützungserklärungen werden ab Montag gesammelt. Die Industrie ist an Bord.

URSPRÜNGLICH bis Mitte März wollten Initiator Hannes Androsch und seine Mitstreiter die 8.032 Unterschriften für den Start ihres Bildungsbegehrens beisammenhaben.

Jetzt geben sie sich selbst bis 1. Juli Zeit. Denn statt Ende Mai soll das Volksbegehren erst im September stattfinden. Es wäre auch knapp geworden: Ab Montag, 28. Februar, liegen



STARTET. Hannes Androsch, 72.

die Unterstützungserklärungen in den Gemeindeämtern auf.

Auf jeden Fall Unterstützung bekommt Androsch von der Industriellenvereinigung, die schon zuvor als möglicher Financier genannt worden war.

Die Grünen sehen das Begehren positiv, die Pädagoginnenplattform Educare ruft zur Unterzeichnung auf. BZÖ-Chef Bucher will unterschreiben.

Quelle: NEWS Nr. 8 vom 24. 02. 2011, Seiten 28 und 29

Wir ersuchen alle Mitglieder, EmpfängerInnen des Informationsdienstes und Sympathisanten,

unsere Arbeit für Sie mit einem finanziellen Beitrag zu unterstützen.

Ein Richtwert für Private könnte etwa eine Zuwendung von € 50,00 sein: jeder andere Betrag ist uns selbstverständlich Hilfe und herzlich willkommen.

TrägerInnen-Einrichtungen und Institutionen sind ersucht, einen Betrag von € 100,00 aufwärts zu spenden. Auch hier gilt natürlich, dass wir auch über jeden darunter liegenden Beitrag froh sind.

**Konto-Nummer: 09726603500,
Bankleitzahl: 12000 Bank Austria Unicredit Group,
IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500,
BIC: BKAUATWW.**

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement im Vorhinein sehr herzlich!

Alle SponsorInnen und die privaten Zuwendungen finden Sie auf unserer [Homepage!](#)

Die Plattform EduCare unterstützt



Wir hoffen, dass damit durch Einbeziehung der Eltern und fachlich Betroffenen eine Reformbewegung entsteht, die die verkrusteten Strukturen aufbricht.

Wir rufen Eltern, Alleinerziehende, Pädagoginnen und Pädagogen, die interessierte Öffentlichkeit auf, sich am Volksbegehren zu beteiligen – am besten schon von Anfang an.

Unterstützungserklärungen können von **Montag, dem 28. Februar 2011 bis Freitag, den 1. Juli 2011** unterfertigt werden. Ab dann liegen in rund 2400

**Gemeindeämtern bzw. Magistratischen Bezirksämtern die rechtsgültigen
Formulare auf.**

**Die Unterstützungserklärung kann jeder österreichische Staatsbürger
unterfertigen, der das 16. Lebensjahr vollendet hat und nicht vom Wahlrecht
zum Nationalrat ausgeschlossen ist.**

**Sie können das [Formular als PDF-Datei](#) auch herunterladen, selbst
ausdrucken und die entsprechenden Daten ergänzen. Die
Unterschrift ist grundsätzlich erst in der Gemeinde bzw. erst bei
dem Magistratischen Bezirksamt zu leisten, in der der
Hauptwohnsitz besteht.**

**Das Gemeindeamt (Magistratische Bezirksamt) übermittelt die unterfertigte und
von der Gemeinde bestätigte Unterstützungserklärung an das Volksbegehren-
Bildungsinitiative-Büro.**

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilung(en) hat (haben) ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität
der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden,
wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte
aus.

**→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte
E-Mail-Adressen ←**